

10 PUNKTE FÜR NIEDERÖSTERREICHS ARBEITNEHMERINNEN

Grundsatzerklärung
der Fraktionen und wahlwerbenden Gruppen
der AK Niederösterreich
Vollversammlung, 29. April 2016



INHALT

AK Niederösterreich für ein Umdenken in Europa.....	3
AK Niederösterreich für einen verstärkten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit	3
AK Niederösterreich für eine rasche Konjunkturbelebung.....	4
AK Niederösterreich für einen starken, zukunftsfähigen Sozialstaat.....	5
AK Niederösterreich für Sicherheit im Alter und eine leistungsfähige Gesundheitsvorsorge.....	6
AK Niederösterreich für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Industriepolitik.....	7
AK Niederösterreich für klares Bekenntnis zur Lehrausbildung.....	8
AK Niederösterreich für die Förderung von „guten“ Arbeitsplätzen – gerade in den neuen Arbeitswelten.....	8
AK Niederösterreich für Maßnahmen, um Migrations- und Integrationsherausforderungen zu meistern.....	9
AK Niederösterreich für starke Interessenvertretungen.....	10

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR EIN UMDENKEN IN EUROPA

Die Wirtschaftsanalysen der AK zeigen deutlich auf: Acht Jahre nach der Rezession 2008/2009 hat Europa die Krise seiner Wirtschaft noch bei weitem nicht hinter sich lassen können. Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste und durch eine rigorose Sparpolitik seit 2010 massiv verschärfte Wirtschaftskrise ist in Europa – vor allem in den südlichen oder neueren Mitgliedsländern – noch lange nicht überwunden. Die Folgen sind eine dramatisch hohe Arbeitslosigkeit, Armut und die wachsende Ungleichheit – sowohl zwischen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten. Dies und eine enorm steigende Flüchtlingsmigration sind die Probleme, die Europa derzeit zu lösen hat.

Gleichzeitig betrachten bedenklich viele nationale Regierungen in der EU deren Leistungen und Fördertöpfe als Einbahnstraße und nicht als solidarische Aufgaben.

Die Wirtschafts- und Währungsunion kann längerfristig nur mehr Akzeptanz bei den arbeitenden Menschen erhalten, wenn insbesondere auch auf eine Stärkung der sozialen Dimension geachtet wird. Das bedeutet aus ArbeitnehmerInnensicht eine Korrektur der Verteilungsschieflage, die Schaffung von qualitativen Arbeitsplätzen, den Abbau von Arbeitslosigkeit, soziale und ökologische Investitionen und die Absicherung des Sozialstaates. Zudem braucht es endlich eine Marktordnung für den Finanzsektor und eine Verankerung von Mindeststandards in diversen Rechtsgebieten. Europa braucht einen umfassenden politischen Umschwung, der auch eine Reform der institutionellen Strukturen der EU-Entscheidungsfindung und Mitbestimmung beinhaltet. Nur so kann es gelingen, die Chance des Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung zu wahren.

- » Die AK Niederösterreich fordert daher: Eine Neuausrichtung der Europäischen Union muss jedenfalls sehr sorgsam unter Einbindung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure, insbesondere der Sozialpartner, vorbereitet werden und verstärkt den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. Zudem muss das EU-Budget stärker an den Notwendigkeiten der Bewältigung der Flüchtlingskrise ausgerichtet werden.
- » Europa als Ganzes kann seinen künftigen Platz in der Weltwirtschaft nicht als Niedriglohnregion festlegen, sondern nur über eine wirtschaftliche, soziale, bildungs- und forschungsmäßige Qualitäts- und Vorreiterrolle in modernen, demokratischen Strukturen.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR EINEN VERSTÄRKTEN KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Auch in Österreich haben sich die Hoffnungen auf einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung bisher nicht erfüllt: Im Jahr 2015 wuchs die Wirtschaft in Österreich nur wenig, denn das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,8 Prozent gestiegen. Somit lag das Wachstum das vierte Jahr in Folge unter 1 Prozent. Der private Konsum ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gewachsen.

Bei den Beschäftigtenzahlen gab es zwar ein Plus, vor allem entstanden aber zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen hat aber nicht im selben Ausmaß wie die Wirtschaftsleistung zugenommen, darum kann die steigende

Beschäftigung den Anstieg des Arbeitskräfteangebots insbesondere bei Älteren, Frauen und MigrantInnen nicht vollständig aufnehmen. Die Folge ist ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Sie erreicht daher bisher nicht gekannte Höhen. Im März 2016 waren in NÖ beinahe 72.000 Menschen arbeitslos, davon waren über 9.700 Menschen in AMS Schulungen. Gleichzeitig wurde der Zugang zum Fachkräftestipendium massiv eingeschränkt und ab 2016 eingefroren. Das ist aus ArbeitnehmerInnen-Sicht der falsche Weg, denn vor allem Menschen mit erhöhtem Weiterbildungsbedarf sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Das AMS sollte daher mehr in die Höherqualifizierung der Menschen investieren. Der beim Arbeitsmarktgipfel am 30. Oktober 2015 von Regierung und Sozialpartnern getroffene Beschluss, das Budget der aktiven Arbeitsmarktmittel zu erhöhen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig wurden diese Mittel auch auf Langzeitbeschäftigungslose und auf Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte ausgeweitet. Verbunden ist das mit einer von der AK Niederösterreich bereits geforderten flexibleren Einsatzmöglichkeit dieser Ressourcen. Aus Sicht der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich bleibt abzuwarten, ob die beim Arbeitsmarktgipfel getroffenen Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel ausreichen, um eine spürbare Entlastung am Arbeitsmarkt herbeizuführen – soweit das mit Mitteln aus der Arbeitsmarktpolitik überhaupt möglich ist.

- » Die AK Niederösterreich fordert: Sollten sich die getroffenen Maßnahmen als nicht ausreichend erweisen, dann sind sowohl das Budget an die Arbeitsmarktsituation zu erhöhen als auch die Beratungskapazität des AMS krisenfest zu machen und zu erweitern.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR EINE RASCHE KONJUNKTURBELEBUNG

Um eine rasche Trendwende am Arbeitsmarkt herbeizuführen, brauchen wir in Österreich und in Europa spürbare konjunkturelle Impulse. Nur wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage angekurbelt wird, verbessern sich die Absatzchancen der Unternehmen, die in Folge wieder mehr Arbeitsplätze schaffen und verstärkt investieren. Neben Programmen auf europäischer Ebene gilt es auch in Österreich gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Inlandsnachfrage zu setzen. Die Konsumnachfrage ist in Österreich seit 2010 durchschnittlich real nur um ein halbes Prozent pro Jahr gewachsen.

Die Steuerreform, die mit Jänner 2016 in Kraft getreten ist, wird eine Kaufkraftstärkung und Konsumsteigerung bewirken. Wenn der Staat zudem Investitionen in die soziale und öffentliche Infrastruktur tätigt (wie Kinderbetreuung, Schule, Pflege, öffentlicher Verkehr, Telekommunikation, Energie etc.), können die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wieder in Schwung kommen, was in weiterer Folge sich auch positiv auf die Staatsfinanzen auswirken würde. Die Lohnsteuerreform geht daher in die richtige Richtung. Generell belegen aber Studien wie zuletzt vom Wirtschaftsforschungsinstitut, dass Arbeit nach wie vor zu hoch besteuert wird. Eine deutliche Entlastung bringt ein Beschäftigungsplus.

- » Die AK Niederösterreich fordert, dass über die erreichte Lohnsteuerreform hinaus der Faktor Arbeit stärker zu entlasten ist. Dazu soll die Bundesregierung mit den Sozialpartnern rasch

Maßnahmen zu einer Neuverteilung der Steuerlast unter der Heranziehung einer nicht arbeitsbasierten Wertschöpfung erarbeiten und umsetzen.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR EINEN STARKEN, ZUKUNFTSFÄHIGEN SOZIALSTAAT

Für nachhaltig erfolgreiches Wirtschaften und für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist ein starker Sozialstaat ein unverzichtbares Element. Er garantiert soziale Absicherung und faire Teilhabechancen aller Bevölkerungsgruppen. Durch gezielte Investitionen in den Sozialstaat können strukturelle Probleme gelöst und Arbeitsplätze geschaffen werden. Gesellschaftlich gesehen sind dies Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Österreichs. Auf individueller Ebene nützt der solidarische Sozialstaat allen, indem er z.B. bei Risiken bestimmter Lebenssituationen, wie zum Beispiel Krankheit oder Arbeitslosigkeit, absichert. Und stärkt so auch den friedlichen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die ökonomischen Fakten belegen, dass der österreichische Sozialstaat die wirtschaftliche Entwicklung sehr wesentlich positiv beeinflusst. Aktuell zeigt sich das ganz klar bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Österreich ist vor allem deshalb verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen, weil der Sozialstaat den konjunkturellen Abschwung abgefedert hat. Die ökonomischen Fakten sprechen für sich: Trotz eines massiven Rückgangs der realen Wirtschaftsleistung (minus 3,5 Prozent im Jahr 2009), zweistelligen Einbrüchen bei Exporten (minus 18,2 Prozent im Jahr 2009) sowie sinkenden Investitionen der Unternehmen (minus 8,1 Prozent im Jahr 2009), konnten die privaten Konsumausgaben stabil gehalten und sogar gegenüber dem Jahr 2008 fast um ein halbes Prozent gesteigert werden. Das war in hohem Ausmaß der Sicherheit der staatlichen Pensionen und den Wirkungen der anderen Sozialleistungen zu verdanken. Die konsum- und somit konjunkturstützenden Wirkungen dieser „automatischen Stabilisatoren“ (Leistungen der öffentlichen Pensionsysteme, der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung etc.) erwiesen sich als tragfähiges Fundament zu den Maßnahmen der aktiven Krisenbewältigung (Arbeitsmarkt-, Konjunktur- und Bankenrettungspakete). Damit wurden die realwirtschaftlichen Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich abgefedert. Die Sozialleistungen haben ganz wesentlich dazu beigetragen, die Einkommen zu stabilisieren und „Panikreaktionen“ in Form von Konsumverzicht oder übermäßigem, kollektivem – damit unmittelbar konjunkturschädlichem – Sparen zu vermeiden.

- » **Die AK Niederösterreich fordert daher, den Sozialstaat für die Zukunft krisenfest zu erhalten und den Menschen ein stabiles System der Absicherung gegen die Risiken Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut zu bieten, um die Folgen von Wirtschaftskrisen abfedern zu können.**
- » **Die AK Niederösterreich fordert darüber hinaus eine bessere Absicherung für Menschen im Krankenstand, so soll es eine Entgeltfortzahlung bei einer einvernehmlichen Auflösung des Dienstverhältnisses im Krankenstand geben (in Anlehnung an die Bestimmungen der Entgeltfortzahlungen bei Dienstgeberkündigung).**

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR SICHERHEIT IM ALTER UND EINE LEISTUNGSFÄHIGE GESUNDHEITSVORSORGE

Das größte System im Rahmen der Altersversorgung, dessen Finanzierbarkeit in letzter Zeit zu Unrecht infrage gestellt wurde, ist die gesetzliche Pensionsversicherung für ehemals Erwerbstätige. Die gesetzliche Pensionsversicherung umfasst neben den Alterspensionen auch Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen. Österreich hat eines der leistungsfähigsten Pensionssysteme. Die ältere Generation ist finanziell abgesichert. Berechnungen des Finanzministeriums zeigen, dass die Kosten dafür nicht explodieren werden. Ein staatliches Pensionssystem ist weitaus stabiler als die private Vorsorge, da es nicht den extremen Schwankungen des Kapitalmarktes unterliegt. Ziel des österreichischen Pensionssystems ist die Lebensstandardsicherung, deswegen ist jegliche Panikmache und jede weitere Kürzung abzulehnen. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass für die Pensionsversicherung ausreichende Mittel vorhanden sind. Der beste Weg ist eine hohe Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, unter denen Menschen im Beruf länger gesund bleiben.

Dafür muss eine nachhaltige Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden, effektiven und effizienten Gesundheitsversorgung für alle – sowohl für Beitragszahler als auch für Beschäftigte in Gesundheitsberufen – ein wesentliches Ziel sein. Es muss sichergestellt werden, dass das österreichische Gesundheitssystem kontinuierlich weiterentwickelt wird und auch für kommende Generationen leistbar bleibt. In diesem Zusammenhang muss unbedingt darauf geachtet werden, dass generell Wartezeiten auf eine Untersuchung kurz gehalten werden.

- » Die AK Niederösterreich fordert daher, dass die Wirtschaft älteren ArbeitnehmerInnen überhaupt Chancen bietet, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Eine volle Harmonisierung der Pensionssysteme ist anzustreben, darf aber keine Verschlechterungen für die Altersabsicherung der unselbständig Beschäftigten bringen.
- » Die AK Niederösterreich fordert die Einführung von gesetzlich verpflichtenden Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung und Betrieblichen Wiedereingliederung nach langen Krankenständen.
- » Die AK Niederösterreich fordert:
 - Dass Gesundheitsförderung und Prävention gleichermaßen wie die kurative Medizin durch einen Ausbau der Kooperation von Sozialversicherungsträgern, Landes- und Bundesgesundheitsseinrichtungen, Sozialpartnern und betrieblichen Präventivkräften vorangetrieben werden.
 - Dass die Rolle der Arbeitsmedizin und insbesondere der Arbeitspsychologie in der Krankheitsprävention attraktiver ausgestaltet und gestärkt wird
 - Dass gut erreichbare regionale umfassende Versorgungsangebote für ArbeitnehmerInnen aufgebaut und ausgebaut werden
 - Dass versorgungsrelevante Ziele der Gesundheitsreform umgesetzt werden, ohne dass die ArbeitnehmerInnen im Gesundheits- und Pflegesystem durch unzumutbare

Leistungsverdichtung, Stellenabbau und Gehaltsverschlechterungen unter die Räder kommen. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem und ihrer Verantwortung angemessen entlohntem Personal muss als wesentliches Qualitätsmerkmal unseres Gesundheitssystems ernst genommen werden.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE UND NACHHALTIGE INDUSTRIEPOLITIK

Die Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften seit Beginn der Krise zeigt, dass Länder mit einem relativ hohen Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (wie etwa auch Österreich) die Krise schneller und besser überstanden haben als jene Länder, die in erster Linie auf den Dienstleistungs- und Finanzsektor ausgerichtet waren. 18,5 Prozent der gesamten österreichischen Wertschöpfung stammt von der österreichischen Industrie – in Niederösterreich 18,3 Prozent, in den EU-28 nur 15,3 Prozent. Im Durchschnitt sind in Niederösterreich 17,4 Prozent aller Arbeitsplätze im Industriesektor zu finden, in Österreich 16,7 Prozent. Nicht berücksichtigt sind hier die vor- und nachgelagerten Dienstleistungen (z.B. Transportwesen, Handel, Informationstechnologien, Forschung & Entwicklung), die normalerweise nicht immer dem herkömmlichen Industriesektor hinzugerechnet werden, aber relativ stark von der wirtschaftlichen Lage des Industriesektors abhängig sind. Auffallend ist, dass die Löhne und Gehälter im Industriesektor um mehr als 20 Prozent höher sind als bei allen ArbeitnehmerInnen insgesamt. Allerdings ist in den letzten Jahren die Zahl der Industriearbeitsplätze und der Anteil des Industriesektors an der Gesamtwirtschaft zurückgegangen – in der EU und auch in Österreich.

Zudem gilt es in den nächsten Jahren zusätzliche große Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören das Erreichen klimapolitischer Ziele der EU und Österreichs und die Entwicklung Richtung „Industrie 4.0“. Industriepolitisch geht es darum, diesen strukturellen Wandel nicht zu erdulden, sondern aktiv mit zu gestalten. Da es durch die Entwicklungen auch zu stärkeren strukturellen Veränderungen bzw. Änderungen in den Arbeitsinhalten der Beschäftigten kommen kann, ist eine frühzeitige Einbindung der ArbeitnehmerInnenvertretungen unbedingt erforderlich. Dabei kann es für die Industriepolitik in Österreich keineswegs darum gehen einen Lohnkostenwettbewerb mit Unternehmen in weniger entwickelten Ländern zu gewinnen. Nach Ansicht der Arbeiterkammer sollen sich Österreich und Niederösterreich, was Einkommen, neue Technologien, Qualifikation und Innovation betrifft, mit der Spitze messen. Nur so kann der Wirtschaftsstandort gesichert werden. Volkswirtschaftlich kontraproduktiv wären hierbei Lohnsenkungen, ein Sozialabbau oder ein Abbau von Klima- und Umweltstandards – diese würden primär die Inlandsnachfrage und die Lebensqualität negativ beeinflussen. Und dennoch würden die Maßnahmen nicht dauerhaft genügen um mit den Billiglohnländern konkurrieren zu können.

- » **Die AK Niederösterreich fordert unter diesen Rahmenbedingungen die Bundesregierung auf, eine arbeitnehmerInnenfreundliche, sozial und ökologisch verträgliche Transformation der Industrie zu erreichen und aktiv Industriepolitik zu betreiben.**

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR KLARES BEKENNTNIS ZUR LEHRAUSBILDUNG

Neue Technologien und Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen sind der Schlüssel für den Erfolg. Nachwuchssicherung ist der beste Weg zur Standortsicherung. Lehrlinge auszubilden bedeutet, in die Zukunft investieren – in die Zukunft der Jugendlichen, der Unternehmen und des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich. Dabei ist die Ausbildungsqualität entscheidend. Das österreichische Ausbildungsmodell mit seinem starken Fokus auf die betriebliche Praxis genießt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Gleichzeitig steht es jedoch zunehmend strukturellen Herausforderungen gegenüber. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die relevanten Alterskohorten schrumpfen. Immer mehr Jugendliche entscheiden sich zudem für vollschulische Ausbildungswege. Die Bereitschaft der Betriebe, Lehrlinge auszubilden, sinkt und die Qualität der Lehrlingsausbildung unterliegt starken Schwankungen auf Branchen- und Lehrberufsebene. Darum ist es wichtig, dass die Arbeiterkammer gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Vereinbarungen über eine Steigerung der Qualität mit den Betrieben festlegt und ständig Evaluierungen durchführt.

- » Die AK Niederösterreich fordert daher, dass es weitere gemeinsame Anstrengungen gibt, das Image der Lehre zu verbessern. Dazu soll die Berufsorientierung in den Schulen für die Jugendlichen weiter ausgebaut werden um den Jugendlichen mehr Perspektiven aufzuzeigen.

Darüber hinaus ist die rasche Verbesserung der schulischen Ausbildung notwendig, die sich an den beruflichen Realitäten orientiert.

- » Die AK Niederösterreich fordert daher die ehebaldige Umsetzung einer Gesamtbildungsreform gemäß den Vorarbeiten der Sozialpartner in den „Perspektiven für die Jugend“ (Bad Ischl 2013) und der NÖ Sozialpartner im Papier „Alle Kraft der Bildung“.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR DIE FÖRDERUNG VON „GUTEN“ ARBEITSPLÄTZEN – GERADE IN DEN NEUEN ARBEITSWELTEN

Unsere Arbeitswelt verändert sich sehr rasch. „Traditionelle Arbeitsverhältnisse“, sprich (meist männliche) dauerhafte Vollzeitstellen mit umfassender sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung, geregelter Normalarbeitszeit und kontinuierlichem Entgelt, weisen kaum nennenswerte Zuwachsraten auf. Atypische Arbeitsverhältnisse wie geringfügige Beschäftigung und Teilzeit, Leiharbeit und neue Selbständigkeit kommen immer häufiger vor. Für viele ArbeitnehmerInnen sind sie harte und oft auch ungewählte Realität. Hinzu kommen neue Rekordwerte an arbeitslosen Menschen, die in weiten Teilen Europas noch drastischer sind als hierzulande. Erwerbsarbeit ist für viele keine Selbstverständlichkeit. Doch dem nicht genug: Auch in „traditionellen Arbeitsverhältnissen“ läuft vieles schief: Unbezahlte Überstunden und/oder Mehrarbeitsleitungen und steigender Arbeitsdruck stehen in vielen Unternehmen auf der Tagesordnung. Zudem wird es immer schwieriger, ein Auskommen mit dem Einkommen zu finden. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen steigt. Die Frage nach „GUTER Arbeit“ in all ihren Facetten besitzt unbestreitbare Aktualität und Berechtigung. „GUTE Arbeit“ bedeutet eine faire,

geschlechter- und generationengerechte Verteilung der Erwerbsarbeitszeit auf Basis sicherer Arbeitsplätze. Es darf nicht sein, dass die Einen viel zu viel und Andere zu wenig oder keine Arbeit haben.

Doch nicht nur bezahlte Arbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt unseres Landes – auch die Freiwilligenarbeit hat einen großen Stellenwert in Österreich. 46% der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren zeigen in irgendeiner Form freiwilliges Engagement. Die Bandbreite dieses Engagements reicht von der Nachbarschaftshilfe über soziale, pflegerische und gesundheitliche Dienste sowie Sport und Kultur, Katastrophenhilfe- und Rettungsdiensten bis hin zur Flüchtlingshilfe. Bezahlte Beschäftigung kann und darf durch freiwilliges Engagement nicht ersetzt werden, doch es braucht bestmögliche Rahmenbedingungen. Die rechtliche Situation für die freiwilligen Einsatzkräfte in Österreich ist jedoch zum größten Teil ungeregt. Eine bessere Absicherung der freiwilligen Einsatzkräfte im Hinblick auf ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche muss ein gesellschaftliches Anliegen sein.

- » Die AK Niederösterreich fordert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbesondere in den prekären Bereichen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen dafür sorgen, dass Sicherheit und Planbarkeit in der Arbeitswelt für alle ArbeitnehmerInnen erhalten bleiben.
- » Die AK Niederösterreich fordert überdies, dass eine ausgewogene Verteilung von Arbeit wieder im Vordergrund steht. Vor allem die hohen Überstundenleistungen abgebaut werden um die Arbeit besser auf mehr Menschen zu verteilen.
- » Die AK Niederösterreich fordert eine bessere Absicherung der freiwilligen Einsatzkräfte im Hinblick auf ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche.

AK NIEDERÖSTERREICH FÜR MASSNAHMEN, UM MIGRATIONS- UND INTEGRATIONS-HERAUSFORDERUNGEN ZU MEISTERN

Die Gründe für Menschen nach Österreich/Niederösterreich zu kommen, sind in einer globalisierten Welt sehr vielfältig. Derzeit reißt vor allem der Zustrom von Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlingen auf Grund der prekären geopolitischen Verhältnisse und neu entstehender Krisenherde nicht ab – er verstärkt sich sogar. Eine nachhaltige Lösung kann hier nur eine Befriedung der Krisenherde sein. In Österreich ist darauf zu achten, dass es zu keiner Ghettobildung kommt.

Der Großteil der Zugewanderten nach Österreich kommt jedoch aus der Europäischen Union, die Mobilität vor allem auch jüngerer Menschen steigt. Darüber hinaus sorgen auch global agierende Unternehmen dafür, dass mehr Menschen unterschiedlichster Herkunft zumindest temporär ihren Arbeitsplatz in Niederösterreich haben.

Der Zuzug von Menschen bedingt, dass die Bevölkerung und der Arbeitsmarkt in unserem Bundesland wachsen. Die Herausforderungen der Migration gilt es rechtzeitig zu erkennen und Integration aktiv zu gestalten.

Ein wesentliches Merkmal einer funktionierenden und fairen Arbeitswelt und Gesellschaft ist die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit aller Beteiligten. Für die niederösterreichische Arbeiterkammer gilt daher, dass die Herkunft der Menschen, ihre ethnische Zugehörigkeit oder ihre Religion kein Grund für Diskriminierungen in der Arbeitswelt sein dürfen. Der niederösterreichische Arbeitsmarkt darf nicht

aufgespalten werden, in dem Menschen auf Grund sprachlicher Defizite oder Unkenntnisse des österreichischen Arbeitsrechts benachteiligt werden. Ein solches Sozialdumping gefährdet alle Arbeitsplätze, unterläuft die Einkommensstabilität und muss daher bekämpft werden. Dementsprechend berät und vertritt die Arbeiterkammer alle ihre Mitglieder in Fragen des Arbeits- und des Sozialrechts, des Konsumentenschutzes, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Chancengleichheit, der Gesundheit am Arbeitsplatz und vielem mehr und das ohne Unterscheidung der Herkunft. Dies wird als wesentlicher Beitrag zu einer gelungenen Integration von Menschen in Niederösterreich gesehen.

Dabei wird verstärkt auch darauf Augenmerk gelegt werden müssen, dass trotz der generellen Freiheit in Europa, in jedem Land arbeiten zu dürfen, Mindeststandards durch nachteilige Entsenderichtlinien nicht umgangen werden können.

- » Die AK Niederösterreich fordert eine aktive Friedenspolitik von Österreich und der EU.
- » Die AK Niederösterreich fordert, dass der Grundsatz für alle ArbeitnehmerInnen verwirklicht wird, gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort zu erhalten. Dies erfordert endlich eine verbesserte Ausgestaltung der EU-Entsenderichtlinie. Der jetzige Vorschlag enthält noch einiges an Nachbesserungsbedarf. Darüber hinaus muss durch eine aktive Konjunkturbelebungs- und Arbeitsmarktpolitik dafür gesorgt werden, dass es für die wachsende Bevölkerung auch Arbeit gibt.

AK NIEDERÖSTEREICH FÜR STARKE INTERESSENVERTRETUNGEN

Gerade angesichts der großen Herausforderungen der zukünftigen Arbeitswelt ist es wichtig, dass die Beschäftigten weiterhin starke Interessenvertretungen an ihrer Seite wissen. Die kollektive Interessenvertretung wird gerade in einer flexibleren und prekäreren Arbeitswelt nicht an Bedeutung verlieren, sondern an Bedeutung gewinnen. In den Betrieben sind starke und selbstbewusst auftretenden Betriebsratskörperschaften und Personalvertretungen, die die Arbeitsbeziehungen im Unternehmen mitgestalten, die wichtigste Unterstützung für die Beschäftigten. Darüber hinaus ist der Betriebsrat ein stabilisierendes Element für eine gerechte Entwicklung für ArbeitnehmerInnen im Betrieb. Überbetrieblich sind die Fachgewerkschaften und die Landesorganisation des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die beste Interessenvertretung für die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder. Darüber hinaus fasst die Arbeiterkammer alle wirtschaftlichen und sozialen Anliegen der ArbeiterInnen und Angestellten zusammen und vertritt dank der gesetzlichen Mitgliedschaft die Arbeitnehmerschaft kollektiv. Diese drei Akteure an der Seite der unselbständig Beschäftigten gilt es zu erhalten und zu stärken.

Die AK Niederösterreich hat mit der Übersiedlung ihrer Zentrale nach St. Pölten nicht nur eine geografische Veränderung vollzogen, im neu gebauten ArbeitnehmerInnen-Zentrum sind moderne Arbeitsformen und Arbeitsprozesse möglich und werden durch die Architektur unterstützt und gefördert. Die Arbeiterkammer weiß damit um die Herausforderungen der zukünftigen Arbeitswelt und wird diese auch aus eigenen Erfahrungen heraus aktiv mitgestalten.

Die kollektive Interessenvertretung der arbeitenden Menschen ist ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Dieses Erfolgsmodell hat sich in zahlreichen schwierigen Zeiten bewährt und wird auch die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser meistern als andere

europäische Staaten. In diesem Sinne gilt es die ArbeitnehmerInneninteressenvertretung durch gute Rahmenbedingungen und ein aktives Bekenntnis der Politik zum gesellschaftlichen Interessenausgleich zu erhalten und auszubauen.

- » Die AK Niederösterreich fordert daher von der Politik ein nachhaltiges Bekenntnis zur starken Interessenvertretung der arbeitenden Menschen in diesem Land – als gut funktionierendes Gegenüber zu Unternehmen und Wirtschaft auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene.
- » Die AK Niederösterreich fordert die Rahmenbedingungen für Betriebsräte und Personalvertretungen zu verbessern.